

**Anfrage zur mündlichen Beantwortung O-000008/2023
an den Rat**

Artikel 136 der Geschäftsordnung

João Pimenta Lopes

im Namen der The Left-Fraktion

Betrifft: Die Auswirkungen des Beschlusses der EZB, die Zinssätze anzuheben

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat den Referenzzinssatz kürzlich auf den höchsten Stand seit 14 Jahren angehoben und auf 3 % festgesetzt. Ferner kündigte sie an, dass im März eine weitere Anhebung um 50 Basispunkte beschlossen wird, wobei sie nicht ausschloss, dass im Laufe des Jahres weitere Anhebungen durchgeführt werden müssen. Darüber hinaus wird nach mehreren Runden von Programmen zur Eindämmung des Ankaufs von Vermögenswerten im März eine deutliche Verkürzung der Bilanz der EZB angekündigt. Dies stellt eine Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen auf den internationalen Märkten, insbesondere für Länder mit höheren Schuldenquoten, dar. Die EZB hat sich für die Durchführung einer restriktiven Geldpolitik entschieden, anstatt andere geldpolitische und wirtschaftliche Instrumente und Maßnahmen zu nutzen, die ihr zur Verfügung standen. Diese restriktive Geldpolitik, mit der letztlich die Nachfrage eingedämmt werden soll, ist eine unzureichende Lösung für ein Inflationsphänomen, das anerkanntermaßen hauptsächlich angebotsgesteuert und untrennbar mit den politischen Entscheidungen der EU verbunden ist.

Diese Entscheidungen haben brutale, wenn auch ungleiche Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger, Arbeitnehmer, Haushalte, Unternehmen und die einzelnen Volkswirtschaften in den Mitgliedstaaten. Besonders akut ist das Problem für Familien, die gezwungen waren, sich zu verschulden, um sich ein Haus leisten zu können. Angesichts eines starken Anstiegs der Wohnimmobilienpreise und eines gleichzeitigen Anstiegs der Preise für lebenswichtige Güter und Dienstleistungen nimmt die Kaufkraft von Arbeitnehmern, Rentnern und ihren Familien rasch ab. Gleichzeitig steigen die Gewinne großer Wirtschafts- und Finanzkonzerne. In ihren Wirtschaftsprognosen vom Herbst erkennt die Kommission den hohen Verlust des real verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte an und geht davon aus, dass sich der Verlust in den kommenden Quartalen fortsetzen wird. Überraschenderweise stellt die Kommission jedoch fest, dass in den meisten Mitgliedstaaten davon auszugehen ist, dass die privaten Haushalte in der Lage sein werden, dem Anstieg der Zinssätze standzuhalten, da Hypothekarkredite mit festen Zinssätzen vorherrschen. Tatsächlich ist der Markt für Hypothekarkredite im Euro-Währungsgebiet hinsichtlich der Art der Zinssätze heterogen. Während es in einigen Ländern überwiegend Festzinskredite gibt, sind in anderen, nämlich in den Ländern an der Peripherie des Euro-Währungsgebiets, Hypothekarkredite mit variablen Zinssätzen am häufigsten. Die Kommission und die EZB dürfen die brutalen Auswirkungen einer Situation, der sie sich nach eigener Aussage bewusst sind, nicht länger außer Acht lassen.

1. Wie bewertet der Rat die Auswirkungen dieser Maßnahmen in den einzelnen Mitgliedstaaten und die zunehmenden Ungleichheiten zwischen ihnen infolge der genannten politischen Maßnahmen?
2. Welche Maßnahmen wird der Rat nach den Beschlüssen der EZB vorschlagen, um der schwerwiegenden und bestätigten Aushöhlung der sozialen Bedingungen in einer Reihe von Mitgliedstaaten entgegenzuwirken?
3. Welche Sofortmaßnahmen wird er vorschlagen, um eine Erhöhung der Raten, die Familien für Wohnimmobilienkredite an Banken zahlen, zu verhindern, indem insbesondere sichergestellt wird, dass sich die Erhöhung der Referenzzinsen auf die Bankgewinne und nicht auf Arbeitnehmer auswirkt?

Eingang: 27.2.2023

Fristablauf: 28.5.2023